

BDE | Von-der-Heydt-Straße 2 | 10785 Berlin

Per E-Mail: [REDACTED]@bmukn.bund.de

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)

Herrn Bundesminister Carsten Schneider

Stresemannstraße 128-130
11055 Berlin

Anja Siegesmund
Geschäftsführende Präsidentin

Tel.: +49 [REDACTED]
siegesmund@bde.de

Zeichen: AS

Erhalt der gesetzlichen Fristen zur Phosphorrückgewinnung – Ablehnung einer Fristverschiebung 22.01.2026

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schneider,

im Dezember 2025 hat sich die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) in einem Schreiben an Sie für eine zehnjährige Verschiebung der Phosphor-Rückgewinnungspflichten der Klärschlhammerzeuger eingesetzt. Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V. lehnt diese Forderungen klar ab und bittet Sie um die Klarstellung, dass Ihr Ministerium keine Verschiebung der ab 2029 geltenden Pflichten vorsieht.

Wir möchten mit diesem Schreiben verdeutlichen:

- Phosphor ist ein endlicher und kritischer Rohstoff, bei dem Deutschland und die EU in hohem Maße von Importen abhängig sind. Die Rückgewinnung aus Klärschlammaschen ist ein entscheidender Baustein, um diese Abhängigkeiten zu reduzieren und die Kreislaufwirtschaft zu stärken.
- Eine gesetzliche Verschiebung der Fristen für Pflicht zur P-Rückgewinnung wäre ein fatales Signal für den Umwelt- und Ressourcenschutz sowie für den Investitionsstandort Deutschland.
- Unsere Mitgliedsunternehmen müssen sich auf stabile politische Leitplanken verlassen können. Die private Abwasserwirtschaft ist in Vorleistung gegangen und hat in den Aufbau von Anlagen und innovativen Rückgewinnungstechnologien investiert. Eine Verschiebung um zehn Jahre würde diese Investitionen entwerten, erhebliche Unsicherheiten auslösen und könnte im schlimmsten Fall zu einem Marktausstieg der Unternehmen führen.
- Durch einen zu erwartenden Marktausstieg von Investoren, Anlagenbetreibern und Technologieanbietern würden sich die Kosten für Kommunen bzw. die Klärschlhammerzeuger erheblich erhöhen. Es würden genau diejenigen Kommunen bestraft, die sich gemeinsam mit der

BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

BDE Berlin
Von-der-Heydt-Straße 2
10785 Berlin
Tel.: +49 30 590 03 35-0
Fax: +49 30 590 03 35-99

BDE Brüssel
Rue de la Science 41
1040 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 548 38-90
Fax: +32 2 548 38-99

www.bde.de
info@bde.de

Commerzbank
IBAN DE47 1208 0000 4051 0269 00
BIC DRESDEFF120

USt-IdNr. DE 121 965 027
St.-Nr. 27 620 56593

Vereinsregister Nr. VR 22240 B
Lobbyregister Nr. R000729

Abwasserwirtschaft bereits mit Projekten und Ausschreiben zur P-Rückgewinnung engagiert haben.

- Die Vielzahl der technologischen Projekte und die Pläne zum Aufbau von Großanlagen verdeutlichen die technische Machbarkeit der P-Rückgewinnung. Das bestehende Ordnungsrecht in Form der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) unterstützt dabei die Investitionen in verschiedene Technologien und deren Ausbau.
- Nicht zuletzt durch die AbfKlärV kann Deutschland seine Rolle als Spitzenreiter bei der Entwicklung von Umwelttechnologien verteidigen und ein attraktiver Standort für Investitionen in diese Technologien bleiben. Dieser wirtschaftliche Faktor darf neben den klaren ökologischen Vorteilen der P-Rückgewinnung gegenüber der bodenbezogenen Verwertung oder Mitverbrennung nicht vergessen werden.

Anstatt also die bestehenden Pflichten grundsätzlich in Frage zu stellen, sollten wir über begleitende Anreizsysteme in der Übergangsphase sprechen, die den Markthochlauf beschleunigen. Der BDE hat hierzu die Idee eines Fondsmodell in die Diskussion gebracht: Durch einen Malus pro Tonne deponierter Klärschlammmasche könnten Mittel generiert werden, um Kommunen bei Ausschreibungen und Technologieanbieter bei der Risikoreduzierung zu unterstützen. Dadurch könnte auch der Weg der äußerst kostspieligen und mit hohen rechtlichen und technischen Unsicherheiten verbundenen Zwischenlagerung von Klärschlammmaschen umgangen werden.

Sehr geehrter Herr Minister, wir bitten Sie eindringlich, den Forderungen nach einer Fristverschiebung eine klare Absage zu erteilen. Nur durch Verlässlichkeit können wir die Transformation zur Kreislaufwirtschaft erfolgreich gestalten. Gerne stehen wir Ihnen für einen konstruktiven Dialog zur Ausgestaltung von Übergangslösungen und Förderinstrumenten zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Anja Siegesmund
Geschäftsführende BDE-Präsidentin

Anlage: BDE-Position Branchendialog P-Rückgewinnung